



PRESSEMITTEILUNG:

100 Jahre Völkermord – 100 Jahre Leugnung

Aramäer kritisieren Haltung der Bundesregierung zur Völkermordfrage. Bundesverband der Aramäer: „Bundesregierung übernimmt Sprachregelung der Türkei.“

Heidelberg/Berlin, 30.01.2015 - Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland hat mit deutlichen Worten die Weigerung der Bundesregierung kritisiert, die Vertreibungen und Massentötungen der Armenier, Aramäer und weiterer christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich in den Jahren 1915-1923, als Völkermord zu bezeichnen. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage einer Bundestagsfraktion vom 13. Januar 2015 spricht die Bundesregierung von Massakern und Vertreibungen, vermeidet jedoch den Begriff Völkermord oder Genozid. Die Bundesregierung wolle die Bewertung dieser "geschichtlichen Ereignisse" Wissenschaftlern überlassen.

Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland kritisiert sowohl die Weigerung der Bundesregierung als auch ihre inhaltliche Begründung. Daniyel Demir, Vorsitzender des Bundesverbands der Aramäer, erklärt:

„Die Weigerung der Bundesregierung, die nahezu vollständige Vernichtung der christlichen Minderheiten auf dem Gebiet der heutigen Türkei angemessen als Genozid zu bezeichnen, ist schlimm genug. Die Begründung dafür, diese Bewertung Wissenschaftlern zu überlassen, ist empörend, entspricht sie doch exakt der offiziellen Sprachregelung der Republik Türkei.“ Seit Jahrzehnten entziehen sich türkische Regierungen ihrer Verantwortung, den Völkermord anzuerkennen und zwar mit der fadenscheinigen Begründung, die Ereignisse müssten erst von Wissenschaftlern gründlich untersucht und dann angemessen bewertet werden, so Daniyel Demir weiter.

Der Bundesverband der Aramäer zeigt sich enttäuscht darüber, dass diese Bundesregierung hinter den Bewertungen früherer Bundesregierungen zurückfällt. Zwar haben es Bundesregierungen auch in der Vergangenheit vermieden die Ereignisse direkt als Völkermord zu bezeichnen, aber niemals mit einer von der türkischen Regierung übernommenen Begründung.

Dazu der Bundesvorsitzende Daniyel Demir: „Ich frage die Bundesregierung, welche wissenschaftlichen Bewertungen denn noch ausstehend sind? Es gibt seit Jahrzehnten keinen ernstzunehmenden Wissenschaftler außerhalb der Türkei, der die Geschehnisse nicht als Genozid bezeichnen würde. Und diejenigen, die es in der Türkei wagen den Begriff zu verwenden, werden verhaftet, verschleppt oder getötet.“



Der Weltverband der Aramäer (World Council of the Arameans – WCA) kritisiert darüber hinaus ebenfalls die inhaltliche Begründung der Bundesregierung. WCA-Präsident Johny Messo findet es bedenklich, dass die Bundesregierung politische Verantwortung auf die Wissenschaft abwälzen will: „Die Aussage, die Bewertung dieser Ereignisse solle Wissenschaftlern überlassen werden, ist geradezu absurd. Denn ist es nicht die originäre Verantwortung der Politik, politische Bewertungen vorzunehmen?“ Die Wissenschaft könne nur Forschungsergebnisse präsentieren, deren politische Bewertung müsse sie jedoch der Politik überlassen. Johny Messo weiter: „Stellen sie sich vor, eine Bundesregierung hätte in Zusammenhang mit dem Holocaust den Vorschlag unterbreitet, die Bewertung dieser Geschehnisse solle der Wissenschaft überlassen werden. Stellen sie sich vor, die USA hätten den Überlebenden des Holocaust mitgeteilt, die Frage der Anerkennung des Holocaust hänge von der Zustimmung der Deutschen ab. Meines Erachtens wäre solch eine Haltung undenkbar und das völlig zu Recht.“

Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die Leugnung des Völkermords an den Armeniern und Aramäern nicht länger zu unterstützen und die Dinge endlich beim Namen zu nennen. Mit der Unterstützung der türkischen Haltung nehme die Bundesregierung in unangemessener Weise Partei für die türkische Seite. Diese Haltung diene weder einer sachlichen Aufarbeitung der Geschehnisse, noch dem Versöhnungsprozess zwischen den Nachfahren der Opfer und Täter. Sie diene ausschließlich der Unterstützung der türkischen Position und schade den Opfern. Die Haltung der jetzigen Bundesregierung könne sich auch dazu eignen, die Überlebenden und Nachfahren der Opfer daran zu erinnern, dass sich schon einmal eine deutsche Regierung in dieser Frage auf die Seite der Türkei gestellt hat, nämlich als Reichskanzler Bethmann Hollwegs entschied: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht“.

##

Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland e.V. setzt sich für die Rechte und Interessen der Aramäer in Deutschland und den Heimatländern ein. Die Aramäer sind ein semitisches Volk, das im Südosten der Türkei sowie in den Ländern des Nahen Ostens beheimatet ist. In Deutschland leben etwa 100.000 Aramäer, in der EU insgesamt bis zu 300.000. Die christlichen Aramäer sind hauptsächlich Angehörige der syrischen Kirchen, darunter syrisch-orthodox, syrisch-katholisch, syrisch-maronitisch, syrisch-chaldäisch, „arabisch“-orthodox, apostolische Kirche des Ostens und Weitere.